

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
– Drucksache 13/3952 (neu) –

Mehr Arbeitsplätze durch Erhalt und Ausbau der Infrastruktur

A. Problem

Verbesserung der Erfüllung der Infrastrukturaufgaben durch die Bundesländer mit dem Ziel der gleichzeitigen Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

B. Lösung

Die Länder sollen aufgefordert werden, ihre Infrastrukturaufgaben durch die Anwendung der ihnen zur Ausführung obliegenden bundesweiten Regelungen und durch geeignete Landesregelungen zu erfüllen.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Es entstehen Kosten für die Anwendung bestehender Regelungen. Zusätzliche Kosten für die Länder können entstehen, wenn diese neue Landesregelungen für den Infrastrukturbereich vorsehen.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. – Drucksache 13/3952 (neu) – anzunehmen.

Bonn, den 19. Juni 1996

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost
Vorsitzender

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk**I.**

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/3952 (neu) – wurde in der 92. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. März 1996 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Verkehr und den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung am 17. April 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der Ausschuß für Verkehr hat in seiner Sitzung am 8. Mai 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Gruppe der PDS ebenfalls die Annahme des Antrages empfohlen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 17. April 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS empfohlen, der Vorlage zuzustimmen.

III.

Der Deutsche Bundestag soll die Länder auffordern, im Infrastrukturbereich verstärkt ihren Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu leisten. Dazu sollen sie die ihnen zur Ausführung obliegenden bundesweiten Regelungen sinnentsprechend anwenden, geeignete Landesregelungen vorsehen und sich nicht bei wichtigen Infrastrukturmaßnahmen verweigern.

Vor dem Hintergrund einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit ist es für die Antragsteller nicht hinnehmbar, daß einige Bundesländer ihre Infrastrukturaufgaben nicht hinreichend erfüllen. Vor Ort werden derzeit zu viele Arbeitsplätze vernichtet und gefährdet, z. B. durch langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren und durch überzogene politische Forderungen.

Um Deutschland auch im globalen Wettbewerb langfristig stark zu erhalten und um Arbeitsplätze zu schaffen und zu schützen, komme einer leistungsfähigen Infrastruktur herausragende Bedeutung zu.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlage in seiner Sitzung am 19. Juni 1996 beraten.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, die Annahme des Antrages der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/3952 (neu) – zu empfehlen.

Bonn, den 19. Juni 1996

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk

Berichterstatlerin

